



Wirtschaft Aktuell

Keine Rezession – aber steigende Zinsen belasten die Konjunktur

Die Frühjahrsprognosen haben eine klare Botschaft: Die befürchtete Rezession bleibt aus. Angesichts der schwierigen Ausgangslage ist auch das erwartete geringe Wachstum im Jahr 2023 von bis zu 0,5 Prozent positiv zu bewerten. Der private Konsum ist dabei nicht mehr der Treiber der Konjunktur. Die anhaltend hohen Inflationsraten führen zu Kaufkraftverlusten. Vor allem aber dämpft die einbrechende Baukonjunktur die wirtschaftliche Entwicklung. Die Inflationsrate wird in diesem Jahr mit Werten zwischen 5,3 und 6,6 Prozent hoch bleiben. Zur Bekämpfung der Inflation hat die EZB in mehreren Stufen die Zinsen erhöht, was die Bauinvestitionen und den Finanzsektor belastet. Die Entwertung des Bestandes an niedrig verzinsten Anleihen reduziert die Kapitalreserven und die Liquidität der Banken. Die Risiken für die globale Finanzstabilität sind gestiegen.

Mit dem Frühjahrsgutachten der Gemeinschaftsdiagnose wurde die letzte Frühjahrsprognose der deutschen Forschungsinstitute vorgelegt. Die zentrale Botschaft: die befürchtete Rezession bleibt aus. Nur das ifo-Institut erwartet einen leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung von minus 0,1 Prozent im Jahr 2023 und das IMK eine Stagnation. Alle anderen sehen ein leichtes Wachstum von bis zu 0,5 Prozent (IfW). Das ist eine sehr verhaltene wirtschaftliche Entwicklung. Doch angesichts der Ausgangslage mit der überwundenen Corona-Pandemie, dem Krieg und den daraus folgenden Sanktionen und den stark steigenden Preisen zeigt sich die Konjunktur recht robust. **Noch in den Herbstgutachten 2022 erwarteten alle Institute einen Rückgang des BIP im Jahr 2023 um bis zu minus 1,4 Prozent (IWH).**

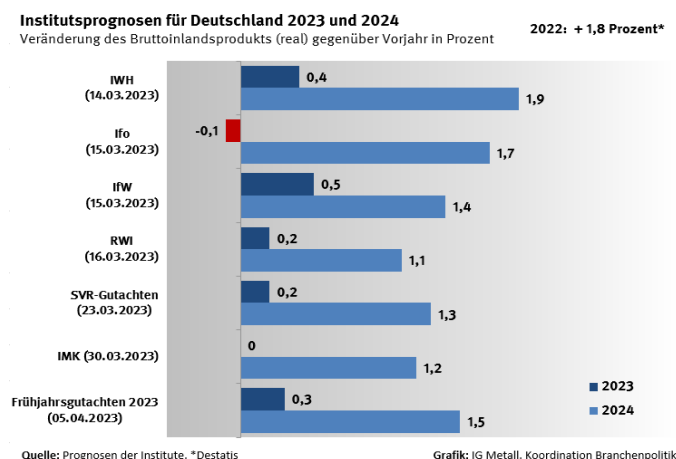
Vor allem für das Winterhalbjahr 22/23 schien eine Rezession unausweichlich. Doch nur im vierten Quartal 2022 kam es zu einem leichten Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten um minus 0,4 Prozent zum Vorquartal. Die Gemeinschaftsdiagnose erwartet schon für das erste Quartal 2023 wieder ein leichtes Wachstum. **Für das Jahr 2024 rechnen alle Institute mit einer stärkeren Belebung von 1,1 Prozent (RWI) bis zu 1,9 Prozent (IWH).**

Der Blick von außen auf die deutsche Konjunktur ist etwas pessimistischer als bei den meisten inländischen Instituten. Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet in seiner Frühjahrsprognose für 2023 eine leichte Rezession in Deutschland (minus 0,1 Prozent) und für das Jahr 2024 ein Wachstum von 1,1 Prozent. Weltweit prognostiziert er für dieses Jahr eine Zunahme der Wirtschaftsleistung um 2,8 Prozent und für nächstes Jahr um 3,0 Prozent.

Treiber der Weltkonjunktur sind dabei Indien und China. Für Indien wird ein Wachstum von 5,9 Prozent (2023) und von 6,3 Prozent (2024) erwartet, für China sind es 5,2 Prozent und 4,5 Prozent. Von den großen Industrieländern entwickelt sich die USA in diesem Jahr mit einem Plus von 1,6 Prozent am dynamischsten. Für nächstes Jahr wird dort aber mit einer schwächeren Zunahme des BIP von nur noch 1,1 Prozent gerechnet.

Was trägt die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland? Bei den Wachstumskomponenten hat es einen kompletten Umbruch gegeben. Im Jahr 2022 war der private Konsum mit einem Wachstumsbeitrag von 2,1 Prozentpunkten der alles überragende Wachstumstreiber. **Nach der Gemeinschaftsdiagnose wird der private Konsum im Jahr 2023 mit einem negativen Wachstumsbeitrag von minus 0,1 Prozentpunkten sogar die wirtschaftliche Entwicklung dämpfen.** Die durch die starken Preissteigerungen verursachten Kaufkraftverluste und die aufgebrauchten Ersparnisse lassen den privaten Konsum einbrechen.

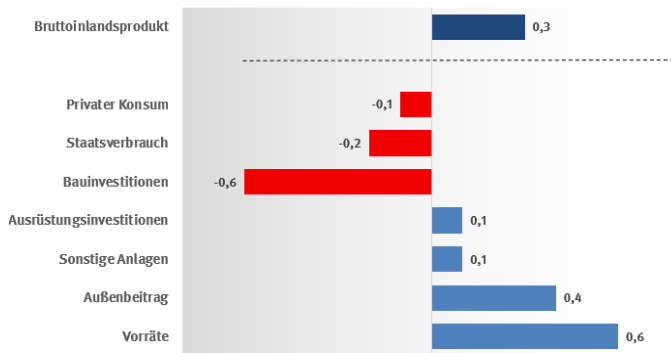
Die größte Belastung für die Konjunktur geht allerdings von der darniederliegenden Bauwirtschaft aus. Vor allem die gestiegenen Zinsen werden zu einem negativen Wachstumsbeitrag von minus 0,6 Prozentpunkten der Bauinvestitionen führen. Für positive Wachstumseffekte sorgen dagegen der Außenbeitrag (Exporte minus Importe) mit 0,4 Prozentpunkten und die Vorratsveränderungen mit einem Wachstumsbeitrag von 0,6 Prozentpunkten. Die Erfahrung mit unterbrochenen Lieferketten führt offenbar zu einem höheren Lageraufbau.





Beiträge der Nachfragekomponenten zum Zuwachs des realen BIP 2023

in Prozentpunkten des BIP, BIP-Zuwachs in Prozent



Quelle: Frühjahrgutachten, 05.04.2023

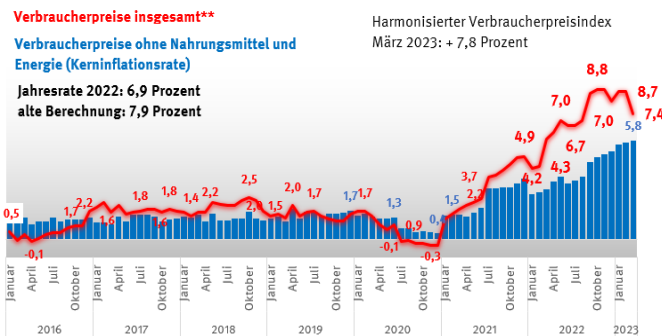
Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Die beschriebenen konjunkturellen Risiken der hohen Inflationsraten bleiben leider bestehen. Zu den Preistreibern, die bereits im Jahr 2021 zu einer relativ hohen Inflationsrate von 3,1 Prozent führten, gehörte die Verknappung des Angebots während der Pandemie aufgrund unterbrochener Lieferketten infolge der Lockdowns sowie des erhöhten Krankenstandes. Gleichzeitig wurden die verfügbaren Einkommen und damit die Nachfrage durch verschiedene staatliche Maßnahmen gestützt. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die anschließenden Sanktionen haben 2022 zu einer massiven Verteuerung der Energie geführt. Viele Unternehmen konnten aufgrund der stabil hohen Nachfrage nicht nur die Preise, sondern auch Margen und Gewinne erhöhen.

Die Verbraucherpreise stiegen im November 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat um einen Rekordwert von 8,8 Prozent. Der Preisauftrieb hat sich im März 2023 (plus 7,4 Prozent) verlangsamt, was sich zum Teil darauf zurückführen lässt, dass bereits im März 2022 die Energiepreise gestiegen waren. Dieser Basiseffekt sowie die Energiepreisminderungen reduzierten den Energiepreisanstieg auf nur noch 3,5 Prozent (Nahrungsmittel: plus 22,3 Prozent). Die Inflation wird zunehmend von den Preisen anderer Waren im Warenkorb getrieben. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittelpreise) stieg im März auf einen Höchstwert von 5,8 Prozent (ohne Energie betrug sie 7,8 Prozent).

Verbraucherpreise

Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent, letzter Wert: März 2023



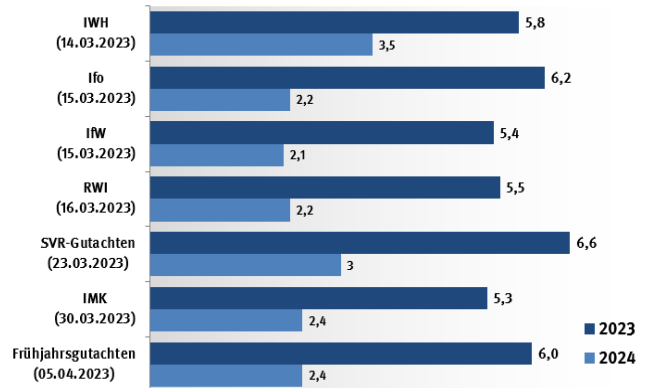
Quelle: Statistisches Bundesamt, *vorläufig, ** ab 2021: Basisjahr 2020
Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Trotz der zu erwartenden sinkenden Energiepreise wird die Inflationsrate im Jahr 2023 hoch bleiben, weil nach Umstellung auf das neue Basisjahr 2020 die Energie ein geringeres Gewicht bei der Berechnung der Inflationsrate hat. Die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute haben deshalb ihre Verbraucherpreisprognosen für 2023 nur geringfügig gesenkt. Nach den plus 6,9 Prozent im Jahr 2022 bleibt der Anstieg im Jahr 2023 mit Werten zwischen plus 5,3 bis zu 6,6 Prozent hoch. Im Frühjahrgutachten einigten sich die Institute auf plus sechs Prozent (Annahmen für die Energiepreise: Strom minus 48,8, Gas minus 63,5, Öl minus 20,8 Prozent). Erst 2024 wird der Preisdruck mit plus 2,4 Prozent spürbar nachlassen, das Preisniveau jedoch weiter steigen.

Prognosen des Verbraucherpreisanstiegs 2023 und 2024

Veränderung zum Vorjahr in Prozent

2021: + 3,1 Prozent*
2022: + 6,9 Prozent*



Quelle: Prognosen der Institute, *Destatis

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Um den Preisauftrieb zu bremsen, haben einige Notenbanken bereits im Jahr 2021 damit begonnen, die geldpolitischen Zügel zu straffen. Die Anleihekäufe wurden reduziert und die Zinssätze erhöht. Die EZB leitete erst Mitte 2022 die Zinswende ein, um den Erholungsprozess der Wirtschaft nicht zu gefährden. So stieg der Hauptrefinanzierungssatz seit Juli 2022 in mehreren Stufen von Null auf 3,0 Prozent (Februar 2023). In Folge fielen die Kurse für niedrig verzinsten Anleihen der Staaten und der Unternehmen. Auch die Baukredite wurden teurer. Das Zinsniveau ist insgesamt gestiegen. Auch die seit Mitte 2022 wegen zunehmenden Risiken verschärften Richtlinien der Banken mindern die Kreditvergabe. Es besteht die Gefahr, dass die restriktive Geldpolitik über das Ziel hinauschießt und die wirtschaftliche Entwicklung zu stark bremst.

Zinswende und Rezessionssorgen stressen den Finanzsektor.

Die Entwertung des Bestands niedrig verzinsten Anleihen belastet die Kapitalreserven und gefährdet die Refinanzierung sowie die Liquidität. Die Rettung der Silicon Valley Bank durch die US Einlagensicherung und die 'erzwungene' Übernahme der Credit Suisse durch die UBS haben Sorgen vor einer erneuten Finanzkrise geschürt. Die Risiken für die globale Finanzstabilität sind gestiegen. Finanzinstitute müssen höhere Kapital- und Liquiditätspuffer anlegen. Mindestens ebenso wichtig ist es, alles zu unternehmen, um die geopolitischen Spannungen zu reduzieren und eine weitere ökonomische Fragmentierung zu verhindern.